

aktuell



Arbeitsmarkt

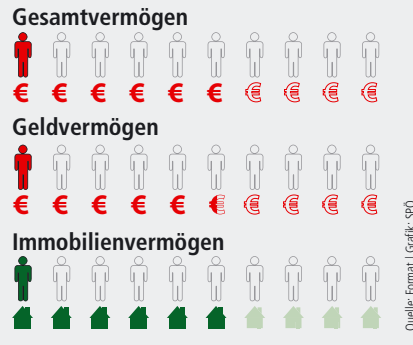
**Investitionen in die
Jugend lohnen sich**

Österreich ist im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit Vize-Europameister: In keinem anderen EU-Staat außer in den Niederlanden ist die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen so niedrig wie bei uns. Das liegt daran, dass der SPÖ-geführten Bundesregierung die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation der Jugend ein ganz zentrales Anliegen ist. Denn die Ausbildungsabrecher von heute sind die Arbeitslosen von morgen. Es war daher für Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer klar, dass trotz der weltweiten Wirtschaftskrise in diesen Bereichen investiert werden muss. Die Früchte des Engagements sind Regierungs-Maßnahmen wie die Ausbildungsgarantie, überbetriebliche Lehrwerkstätten, mehr qualifizierte Betreuung, um Lehrverhältnisse nicht vorzeitig beenden zu lassen, das Gratis-Nachholen von Bildungsabschlüssen für qualifizierte Hilfskräfte und das Projekt „Jugendcoaching“. Dies steht beispielhaft für die im internationalen Vergleich exzellente Arbeitsmarktsituation in Österreich. Seite 4

Eure Redaktion

SPLITTER

Vermögensverteilung in Österreich



Reichtum und Besitz: ungleich verteilt

Vermögen und Immobilienbesitz sind in Österreich stark ungleich verteilt. Rund zehn Prozent der heimischen Bevölkerung halten knapp 60 Prozent des Gesamtvermögens, mehr als die Hälfte des Geldvermögens und 60 Prozent des Immobilienvermögens. Für die SPÖ ist daher klar, dass Euro-Millionäre und Zinshausbesitzer über eine Millionärssteuer einen gerechten Beitrag leisten sollen. ♦

Bildungsvolksbegehren: Jede Unterschrift zählt!

Für das Thema Bildung kann es gar nicht genug Unterstützung geben. Vom **3. bis 10. November** kann auf jedem Gemeindeamt für das Bildungsvolksbegehren unterschrieben werden.



Alle Infos unter www.vbbi.at oder bei der Gratis-Info-Hotline 0800 204 400.



Begsteiger

Ab 2012 wird das Nachholen von Schulabschlüssen gratis – ein weiterer bildungspolitischer Meilenstein.

Bildungsabschlüsse gratis nachholen

Ab kommendem Jahr können Schulabschlüsse kostenlos nachgeholt werden. Der Ministerrat hat das Unterrichtsministerium dazu ermächtigt, mit den Bundesländern entsprechende 15a-Vereinbarungen abzuschließen. Bildungsministerin Claudia Schmied wertet dies als „wichtiges bildungspolitisches Signal für den Zugang bildungsferner Personen zu lebensbegleitendem Lernen“. Für Schmied ist der Beschluss „ein Meilenstein zur Verbesserung der Lebenschancen vieler Menschen“. Mit dem kostenlosen Wiedereinstieg in das Bildungssystem werde eine „wesentliche Hürde beim Nachholen von Bildungsabschlüssen für diese – meist einkommensschwachen – Personen beseitigt“, sagte Schmied. Von 2012 bis 2014 wird es 12.400 Menschen ohne Pflichtschulabschluss ermöglicht, wieder ins Bildungssystem einzusteigen. Bund und Länder investieren dafür insgesamt 54,6 Millionen Euro. ♦

Zitat der Woche

„Wir gehören in der EU zu jenen Ländern, die betreffend Arbeitsmarkt und Bildung Vorreiter sind.“

Bundeskanzler Werner Faymann

FPÖ

Minarettspiel: Kurzmann vor Gericht

Der steirische FPÖ-Chef Gerhard Kurzmann muss sich am 14. Oktober wegen Verhetzung vor Gericht verantworten.



Mit ihm vor Gericht stehen wird der Schweizer Werbefachmann Alexander Segert, der die FPÖ im Landtagswahlkampf betreut hat und aus dessen Feder das umstrittene Anti-Minarett-„Spiel“ „Moschee baba“ stammt. Es drohen bis zu zwei Jahre Haft – was die Nervosität bei den Freiheitlichen erklärt. Ein Politiker muss seinen Posten bereits bei einer

unbedingten Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten oder einer bedingten Strafe von mehr als einem Jahr räumen. Freilich gilt die Unschuldsvermutung. Segert ist unterdessen weiterhin für die Blauen tätig. Ende September startete die Landes-FPÖ eine Kampagne gegen Gemeindefusionen, die die Handschrift des Schweizers trägt. ♦

Entgleisung im Wahlkampf: Das Ziel von „Moschee baba“ ist es, Muezzine und Minarette abzuschießen.



STANDPUNKT

Bildung als wichtiges Kriseninstrument

Bildung ist nicht nur ein Schlüssel zum gesellschaftlichen und beruflichen Weiterkommen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist Bildung vor allem auch eines: Ein wichtiges Kriseninstrument.



Ohne laufende Weiterbildung kann man nur noch schwer den wachsenden Anforderungen der heutigen Berufswelt entsprechen.

Die Sozialdemokratie hat - auch historisch mit ihren vielen Arbeiterbildungsvereinen - Bildung schon immer als Schlüssel zu mehr Wohlstand für jeden Einzelnen, aber auch als Schlüssel zum Wohlstand des ganzen Landes verstanden. Das Ziel muss es sein, dass wir das Bildungsland Nr.1 werden. Wir müssen die jungen Menschen fit machen für die neuen Anforderungen in einer globalisierten Welt. Wir brauchen eine leistungsstarke Gesellschaft, um international mithalten zu können. Die Voraussetzung dafür: Ein gerechtes Bildungssystem.

Dieser Anspruch wurde besonders während der Krise von uns fortgesetzt. Wir arbeiten konsequent daran, Österreich und seine Menschen weiterzubringen, das gelingt durch spezielle Programme für Jugendliche oder auch durch Instrumente des lebenslangen Lernens. Ein wichtiger Schritt dabei ist das kostenlose Nachholen von Bildungsabschlüssen. Davon profitieren direkt 12.400 Menschen in ganz Österreich, die so wieder ins Bildungssystem einsteigen und neue Bildungschancen für sich eröffnen können. Finanzielle Hürden - ob sich die Menschen den Abschluss überhaupt leisten können -

fallen mit einem kostenfreien Angebot weg.

Das Ziel ist ganz klar: Mehr Chancen für jeden Einzelnen zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung. Jährlich erreichen ca. 5.000 Personen keinen positiven Pflichtschulabschluss. Dieser ist jedoch die Mindestvoraussetzung für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Wir brauchen mehr und nicht weniger gut ausgebildete Kräfte - auch um einem drohenden Facharbeitermangel entgegenwirken zu können. Wir brauchen das Human-Kapital - also das Wissen der Österreicherinnen und Österreicher. So war der Auftrag klar: Österreich - vor allem bei der Jugendbeschäftigung - aus der Krise herauszuinvestieren. Und das mit Erfolg: Dank der Investitionen sind wir Vize-Europameister im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Denn unser Land kann und darf sich keine jungen Menschen in Armut oder Perspektivenlosigkeit leisten. Wir sehen es in Spanien - dort ist jeder zweite, in Griechenland jeder dritte Jugendliche arbeitslos - was das für eine ganze Generation bedeutet!

Bildung betrifft aber schon lange nicht mehr nur Lehrlinge, Schüler oder Studieren-

„Der klare Auftrag an eine moderne Sozialdemokratie ist es, Menschen Perspektiven zu geben und ihnen die notwendigen Instrumente zum Erreichen ihrer Lebensziele zur Verfügung zu stellen.“

de. Das einmal für den Beruf erworbene Wissen genügt oftmals nicht mehr. Ohne laufende Weiterbildung kann man nur noch schwer den wachsenden Anforderungen der heutigen Berufswelt entsprechen. Darum braucht es Angebote. So ein Angebot ist auch die kürzlich beschlossene Verlängerung der Bildungskarenz. Bereits 6.500 Menschen haben dieses Jahr das Angebot genutzt und sich weitergebildet. Auch war es für viele Unternehmen und Berufstätige ein wichtiges Instrument durch und aus der Krise. Statt eines drohenden Jobverlusts konnten viele die Zeit nutzen, um besser ausgebildet wieder in den Job zu starten.

Der klare Auftrag an eine moderne Sozialdemokratie ist es, Menschen Perspektiven zu geben und ihnen die notwendigen Instrumente zum Erreichen ihrer Lebensziele zur Verfügung zu stellen. Dieser Auftrag wird auch fortgeführt im Einsatz für eine flächendeckende Neue Mittelschule, beim freien Hochschulzugang an den Universitäten oder aber auch bei der Sprachförderung im Kindergarten.

All das sind wichtige Investitionen in die Bildung und diese wurden auch während der Krise weiter ausgebaut. Denn nichts wird auch in Zukunft die Menschen so gut vor Arbeitslosigkeit schützen, wie eine gute Bildung. Und nichts ist wertvoller für die Zukunft unseres Landes als gut ausgebildete, junge Menschen. ♦



Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laura.rudas



JUGEND

Gute Ausbildung = Gute Zukunftschancen

Erfolgreiche Maßnahmen wie die Ausbildungsgarantie haben unser Land in Sachen Jugendbeschäftigung an die Spitze Europas gebracht. Und jetzt folgen weitere Verbesserungen für Österreichs Lehrlinge.

„Alle, die eine gute Ausbildung machen, haben später gute Chancen am Arbeitsmarkt.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Für die SPÖ-geführte Bundesregierung mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: Eine abgeschlossene Ausbildung ist das Fundament für einen guten Arbeitsplatz und finanzielle Absicherung. „Maßnahmen wie die Ausbildungsgarantie sind wirksame Werkzeuge, um den Jugendlichen Chancen zu geben“, betont SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger. Zusätzlich zu Erfolgsprojekten wie der Ausbildungsgarantie werden jetzt noch weitere Maßnahmen folgen, um Österreichs Jugend die bestmöglichen Startbedingungen ins Erwerbsleben zu geben.

Mehr qualifizierte Betreuung

Im Jahr 2010 wurden fast 22.000 Lehrverhältnisse vorzeitig beendet und einer von fünf Lehrlingen scheiterte an der Lehrabschlussprüfung. Hier wird die neue Novelle zum Berufsausbildungsgesetz Verbesserungen bringen. Erstmals können Coachings für Lehrlinge angefordert werden, welche die Jugendlichen auf ihrem



Fotolia

Ausbildungsgarantie, überbetriebliche Lehrwerkstätten sowie Förderung und Unterstützung von Lehrlingen sollen jungen Menschen den Start in eine berufliche Zukunft ermöglichen.

Ausbildungsweg unterstützen und Lehrlinge, Betriebe, Eltern und Berufsschulen können sich bei auftretenden Problemen an Beratungs- und Betreuungseinrichtungen wenden. Das Ziel dieser Maßnahmen: Die Zahl der Lehrabbrecher zu reduzieren.

Nachholen von Abschlüssen wird erleichtert

Die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz erleichtert auch das Nachholen von Bildungsabschlüssen für qualifizierte Hilfskräfte. Dabei werden die bisher erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten erhoben und jene Qualifikationen vermittelt, die noch zum Lehrabschluss fehlen. „Diese Novelle bringt eine Win-Win-Situation für Lehrlinge und Betriebe und ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Absicherung des Fachkräftepersonals“, betont Sozialminister Hundstorfer.

Job-Programm verhindert Arbeitslosigkeit bei Schulabgängern

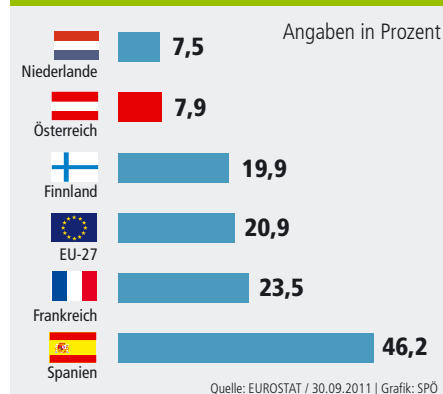
Um der Arbeitslosigkeit bei Schulabgängern entgegenzusteuern, wird es ab Jänner 2012 ein verbindliches Frühwarnsystem geben. Das Projekt „Jugendcoaching“, eine gemeinsame Maßnahme von Bildungs- und Sozialministerium startet in Wien und der Steiermark und wird dann

sukzessive auf ganz Österreich ausgeweitet. Ein Jahr vor Beendigung der Schulpflicht wird eine Art „Frühwarnsystem“ installiert bei dem sich Klassenlehrer darüber informieren, ob ein Schüler bereits eine Lehrstelle hat, eine weiterführende Schule besucht oder ob der „blaue Brief“ winkt. Dann werden über das Bundessozialamt Infos an Trägerorganisationen weitergeleitet, die direkt an die Schulen kommen und die Jugendlichen beraten. Jene Jugendlichen, die besondere Unterstützung brauchen, werden bis zu einem Jahr im Rahmen des „Jugendcoachings“ begleitet und unterstützt.

Jugendinitiative auf europäischer Ebene

Nicht alle Länder Europas waren im Kampf gegen die steigende Jugendarbeitslosigkeit – besonders während der Wirtschaftskrise – so erfolgreich wie Österreich. Aktuell gibt es in Europa rund fünf Millionen junge Arbeitslose und Länder wie Griechenland und Spanien haben Jugendarbeitslosenquoten von über 40 Prozent. Sozialminister Hundstorfer will daher eine Milliarde aus den vorhandenen EU-Töpfen für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufwenden und hat im EU-Sozialministerrat eine entsprechende Jugendinitiative vorgeschlagen. ♦

Jugendarbeitslosenquoten im europäischen Vergleich



Investitionen in die Ausbildung junger Menschen – auch während der Krise – haben dafür gesorgt, dass Österreich zu den Europameistern im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit gehört.

SOZIALPARTNER-DIALOG

Länger gesund im Erwerbsleben

Das Heranführen des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter stand im Mittelpunkt des Sozialpartner-Dialogs. Das Ziel: In zehn Jahren sollen die Menschen im Schnitt zwei Jahre länger im Erwerbsleben verbleiben.

HBF/Wenzel



Anreize für längeres Arbeiten und Maßnahmen zur Eindämmung der Frühpension – Bundeskanzler Werner Faymann will die Vorschläge der Sozialpartner rasch umsetzen.

Im oberösterreichischen Bad Ischl diskutierte Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit den Sozialpartnern die künftigen Herausforderungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Pensionsystem. Das konkrete Ziel von Regierung und Sozialpartnern: Das faktische Pensionsantrittsalter soll innerhalb von zehn Jahren um 24 Monate steigen. Sozialminister Hundstorfer ist „zutiefst überzeugt“ davon, dass dies mit den von den Sozialpartnern vorgeschlagenen Maßnahmen (siehe Kasten) gelingen wird.

Bundeskanzler und Sozialminister begrüßen Sozialpartner-Vorschläge

Derzeit liegt Österreich in puncto faktisches Pensionsantrittsalter deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Österreichs Männer gehen durchschnittlich mit 58,9 Jahren in Pension (OECD-Schnitt: 63,6 Jahre) und Frauen mit 57,5 Jahren (OECD-

Schnitt: 62,4 Jahre). Hauptgrund dafür ist der große Andrang auf die Invaliditätspension (I-Pension). „Um die Zahl der I-Pensionen zu reduzieren und das tatsächliche Antrittsalter Schritt für Schritt zu erhöhen, hat Sozialminister Rudolf Hundstorfer bereits konkrete Programme wie „fit2work“, die Gesundheitsstraße und Rehabilitationsmaßnahmen vor Gewährung der I-Pension gestartet“, betont SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits. Für die SPÖ-geführte Regierung steht fest, dass noch weitere Maßnahmen für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben gesetzt werden müssen. Daher begrüßen Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer die vorgeschlagenen Maßnahmen der Sozialpartner. „Die Maßnahmen haben allen Grund, nach sorgfältiger Beurteilung, umgesetzt zu werden“, betonte Faymann. Nach Prüfung durch die zuständigen Ministerien will der Kanzler die Vorschläge „rasch in Umsetzung bringen“. ♦

INFO

Die wichtigsten Sozialpartner-Vorschläge:

Anreiz für längeres Arbeiten schaffen:

- ▶▶ Prämien für Dienstnehmer, wenn sie trotz positiven Pensionsbescheids weiterarbeiten – 2.000 Euro im ersten Jahr, 3.000 im zweiten, 4.000 im dritten. Die Arbeitgeber erhalten die Prämie im gleichen Ausmaß.
- ▶▶ Ab 62 Jahren soll es möglich sein, neben dem Job eine Teilpension zu beziehen. Die Arbeitszeit muss dabei reduziert werden.
- ▶▶ Die Möglichkeit auf Altersteilzeit soll auch über das frühestmögliche Pensionsalter hinaus bestehen, wenn sie nicht zum ehestmöglichen Zeitpunkt (53 Jahre bei Frauen, 58 bei Männern) in Anspruch genommen wird.
- ▶▶ Ab 55 Jahren sollen die Versicherten jährlich über die zu erwartende Pensionshöhe informiert werden, die sie beim frühestmöglichen gesetzlichen Pensionsantritt erwarten würde.

Invaliditätspension weiter eindämmen:

- ▶▶ Bei freiwilliger Ausbildung im Zuge einer Reha soll es eine Beihilfe zur Erleichterung einer Beschäftigungsaufnahme geben (Kombi-Lohn-Modell).
- ▶▶ Künftig soll es erst „Rehabilitationsgeld“ statt der befristeten Invaliditätspension geben.
- ▶▶ Beim Umstieg von einem nicht mehr auf Dauer ausübenden, anstrengenden Job auf eine schlechter dotierte, aber schonendere Tätigkeit, soll es für Personen ab 50 Jahren Förderungen geben.
- ▶▶ Psychische Erkrankungen werden künftig stationär abgeklärt, bevor eine Invaliditätspension möglich ist.
- ▶▶ Über relevante psychische Einschränkungen sollen künftig das Verkehrsamt und die Waffenbehörde informiert werden.
- ▶▶ Bei 40 oder mehr Krankenstandstagen pro Jahr erfolgt die Betreuung durch das Programm „fit2work“.
- ▶▶ Ab einem Alter von 35 Jahren soll es regelmäßige Weiterbildungen geben, um einen Umstieg in einen weniger fordernden Beruf in höherem Alter zu erleichtern.

SPÖ-BUNDESPARTEI

Reform in der Löwelstraße

Laut Medienberichten gibt es personelle Veränderungen im Haus der SPÖ-Bundespartei in der Löwelstraße. „SPÖ Aktuell“ sprach mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

„SPÖ Aktuell“: Angeblich sollen prominente Funktionäre und gar „sozialdemokratische Urgesteine“ das Parteihaus verlassen, was ist da dran?

Günther Kräuter: Richtig ist, dass die Bundesgeschäftsführung die wahlfreie Zeit für eine Strukturreform in der Löwelstraße nützt, was auch Veränderungen für einige Parteiangestellte mit sich bringt. Wer zu den sozialdemokratischen Urgesteinen zu zählen ist, bestimmen allerdings sicher nicht die Medien.

Was sind die Eckdaten der Reform?

Kräuter: Wir stellen die bisherigen Abteilungsleitungen in eine effiziente, flexible und projektbezogene Organisation um. Selbstverständlich spielen auch Sparmaßnahmen eine Rolle, ich kenne beispielsweise keinen Mittelbetrieb unserer Größe, der sich eine eigene Personal- und Rechtsabteilung leisten kann.

Wie wurde diese Reform entwickelt bzw. vorbereitet?

Kräuter: Ich selbst habe 25 Jahre Parteierfahrung, sowohl auf Bezirks-, als auch auf Landes- und Bundesebene. Außerdem



Die SPÖ-Bundespartei wird personell zu einer schlagkräftigen Wahlkampfzentrale umgebaut.

habe ich mich viele Jahre lang als Rechnungshofsprecher der Partei mit Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit beschäftigt. Dennoch haben wir auf die Expertise von zwei erfahrenen Wirtschaftstreuhändern und einem Rechtsanwalt zurückgegriffen. Die Beratung erfolgte übrigens weitestgehend ehrenamtlich. Auf Basis der Empfehlungen wird nun die Reform durchgezogen.

Der Schuldenstand der Partei soll sich auf fünf Millionen Euro belaufen?

Kräuter: Das ist öffentlich bekannt, ich lege größten Wert auf Transparenz. Seit 2008 ist die Parteienförderung um rund eine Million jährlich reduziert, die Bundespräsidentenwahl musste ohne Wahlkampfkostenrückerstattung bestritten werden und im Jahr 2012 sinkt die Parteienförderung um weitere 5,6 Prozent. Es ist klar, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss.

Was passiert mit den Mitarbeitern, deren Posten nicht mehr vorhanden sind?

Kräuter: Wir bemühen uns sehr um Alternativen, bei gutem Willen der Betroffenen werden sich Lösungen finden. Auch die Landesparteien waren und sind gezwungen, sich vereinzelt von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter zu trennen.

Was ist das übergeordnete Ziel der Reform?

Kräuter: Die Bundespartei in der Löwelstraße wird sich im Wahlkampf 2013 als optimal vorbereitete, schlagkräftige Wahlkampfzentrale präsentieren. ♦

BUNDESHEER

Eurofighter-Deal: Ausstieg denkbar

Sollten sich die Korruptions-Vorwürfe rund um den Ankauf der Abfangjäger bestätigen, könnte das Geschäft rückgängig gemacht werden, sagt Verteidigungsminister Norbert Darabos.



Der Ausstieg aus dem „Eurofighter“ ist möglich, wenn Korruption nachgewiesen wird.

Ein spezieller Passus im Eurofighter-Vertrag würde laut Darabos dazu führen, dass das Geschäft als „obsolet“ angesehen werden kann, sollte Bestechung im Zusammenhang mit der Eurofighter Jagdflug GmbH gerichtlich nachgewiesen werden. Jetzt ist die unabhängige Justiz am Zug, die Vorwürfe gegen Darabos' Vorgänger Herbert Scheibner (zuerst FPÖ, jetzt BZÖ) aufzuklären. Er hat nach seiner Ministertätigkeit 60.000 Euro von Eurofighter erhalten, für angebliche Tätigkeiten für den Flugzeughersteller im arabi-

schen Raum. Die Ermittlungen laufen derzeit. Als neutraler Staat ist Österreich verfassungsmäßig zur Überwachung und Sicherung seines Luftraumes verpflichtet. Diese Aufgabe lässt sich durch die Eurofighter und die Saab 105 „sehr gut“ bewerkstelligen, betont Darabos. Die Eurofighter-Betriebskosten sind mit 65 bis 70 Millionen Euro im Jahr jedoch relativ hoch und somit eine Belastung für das Heeresbudget. Im Falle einer Bestechung will Darabos einen Ausstieg aus dem Vertrag jedenfalls prüfen lassen. ♦

TRANSPARENZ

Register für Lobbyisten

Das neue Lobbyistengesetz ist auf Schiene und wird mehr Transparenz in die Arbeit von Lobbyisten bringen. Bei Verstößen gegen das Gesetz drohen bis zu 60.000 Euro Strafe.

Das Lobbyistengesetz, das die Regierung im Ministerrat beschlossen hat, „soll mehr Transparenz beim Lobbying bringen und geheime Einflussnahmen verhindern“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Präsentation des Gesetzesentwurfs. Der SPÖ war in den Verhandlungen wichtig, dass die Sozialpartner im Gesetz nicht genauso behandelt werden wie gewinnorientierte, private Lobbying-Firmen. Das ist gelungen. Es gibt unterschiedliche Regeln und Sanktionen für die verschiedenen Gruppen:

- » „Klassische“ Lobbyisten, also Personen oder Firmen, die auf politische Entscheidungen im Sinne eines Kunden Einfluss nehmen wollen, müssen sich in ein Register eintragen lassen. Dort müssen sie auch Auftraggeber und das voraussichtliche Honorar angeben. Ähnliches gilt für Unternehmen mit Mitarbeitern in „Public Affairs-Abteilungen.“
- » Lobbying-Firmen und Unternehmenslobbyisten dürfen nur dann Lobbying betreiben, wenn sie ins Register eingetragen sind. Beim ersten Kontakt mit einem Funktionsträger (Politiker, Beamter) müssen sie Aufgabe, Identität und



Wer bei Politikern oder Beamten politische Interessen durchbringen will, muss sich künftig als Lobbyist outen und sein Honorar offenlegen.

ihr Anliegen klar offenlegen. Der Lobbyist muss sich also als solcher „outen“. Druck auf Funktionsträger ist verboten.

- » Bei Verstößen gegen das Gesetz gibt es strenge Sanktionen. Sie reichen von Geldstrafen von bis zu 60.000 Euro bis

Fotolia

„Damit sorgen wir politisch für mehr Transparenz.“

Bundeskanzler Werner Faymann

zur Streichung aus dem Lobbyisten-Register – was de facto einem Berufsverbot gleichkommt. Wer wegen Untreue oder Amtsmissbrauch verurteilt wurde, darf ebenfalls nicht mehr als Lobbyist arbeiten.

» Etwas anders sind die Regeln für Interessensvertreter aus Selbstverwaltungskörpern (z.B. Kammern, ÖH) und für Interessensverbände (Gewerkschaften, NGO). Sie müssen sich aber ebenfalls ins Register eintragen und die Gesamtzahl der Personen, die mit der Interessenvertretung beauftragt sind, sowie die Gesamtkosten dafür bekanntgeben.

Für Bundeskanzler Werner Faymann ist die Unterscheidung zwischen privaten Lobbyisten und Sozialpartnern jedenfalls sachgerecht: Denn letztere haben durch die gesetzlich definierte Interessensvertretung ja einen Sonderstatus. Nicht zuletzt haben sie (abgesehen von den Mitgliedern) auch keine Auftraggeber und üben die Lobbying-Tätigkeit ohne Gewinnabsicht aus. ♦

ZUM THEMA

Folge von Strasser und Grassner

Das neue Gesetz ist eine Folge der Affäre Strasser. Der ehemalige Innenminister steht unter Verdacht, Lobbying-Tätigkeit angeboten zu haben, um gegen Geld Gesetzesanträge ins EU-Parlament einzubringen. Britische Journalisten hatten entsprechende Gespräche mit versteckter Kamera gefilmt. Die Journalisten hatten ein Lockangebot gemacht und dabei Aussagen Strassers wie „ich habe jetzt fünf, hoffentlich ab morgen sechs Kunden, wo ich so ein Berater bin“) auf Video auf-

genommen. Gegen Strasser, für den die Unschuldsvermutung gilt, wird ermittelt. Aber auch die Ära Grassner fand im neuen Lobbyisten-Gesetz ihren Niederschlag. Denn darin gibt es für Lobbyisten bei Rechtsgeschäften des Bundes (z.B. Verkauf von Staatseigentum) ein Provisionsverbot. Eine Folge der gigantischen Provisionen, die unter Ex-Finanzminister Grassner bei der Buwog-Privatisierung oder beim Terminal Tower an Freunden geflossen sind.



Gegen fünf Minister von Schwarz-Blau ermittelt derzeit die Justiz – darunter Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grassner und Ex-Innenminister Ernst Strasser.

picturedesk

LANDESVERTEIDIGUNG

Mehr Frauen für das Österreichische Bundesheer

Mehr Frauen zum Dienst im Österreichischen Bundesheer zu bewegen, das ist das erklärte Ziel von Verteidigungsminister Norbert Darabos.

Derzeit liegt der Frauenanteil beim Heer mit 372 Soldatinnen bei niedrigen zwei Prozent. Darum beschäftigte sich ein Symposium unter dem Titel „WoMen serving together“ im Parlament mit dem Thema. Nationale und internationale Soldatinnen und Soldaten sowie Expertinnen und Experten berieten über den gemeinsamen Dienst von Frauen und Männern in Einsatzorganisationen. Die beruflichen Möglichkeiten für Frauen beim Heer sind vielfältig und spannend. Sie reichen von einer Tätigkeit als Militärpilotin oder Panzerkommandantin bis hin zur Militärseelsorgerin. „Es stellt sich nicht die Frage, ob Frauen Soldatinnen werden sollen oder können, sondern vielmehr, wie der gemeinsame Dienst von Frauen und Männern im Heer optimiert werden kann“, betont Verteidigungsminister Darabos. ♦

Militärpilotin:
Nur einer von vielen spannenden Berufen, die Frauen beim Österreichischen Bundesheer erwarten.



Bundesheer



Internationale Expertinnen und Experten diskutieren über den gemeinsamen Dienst von Frauen und Männern in Einsatzorganisationen.

LEBENSMITTELSICHERHEIT Österreich ist weltweit Vorreiter

Seit 120 Jahren gibt es das Österreichische Lebensmittelbuch, das auch Grundlage für den weltweiten Lebensmittel-Codex war. Es beinhaltet Beschreibungen und Definitionen von Nahrungsmitteln.

Srodic



Ulrich Herzog, Leiter Verbrauchergesundheit im BMG, Gesundheitsminister Alois Stöger und Elisabeth Körner, Vorsitzende der Codexkommission, bei der Festveranstaltung zu „120 Jahre Lebensmittelbuch“.

Bei der Festveranstaltung zum 120-jährigen Jubiläum des Lebensmittelbuches sagte Gesundheitsminister Alois Stöger, dass „Ernährung die größte gesundheitspolitische Herausforderung unserer Zeit“ ist. Deshalb wurde von ihm der Nationale Aktionsplan Ernährung initiiert. Im Regierungsprogramm ist ein Gütezeichen für Lebensmittel mit besonders hoher Qualität vorgesehen, ein Entwurf liegt bereits vor. Das Gesetz scheitert derzeit aber noch an den Produzenten. Notwendig sei etwa eine bessere Gemeinschaftsverpflegung durch ein Gütezeichen für die „gesündere Wahl“, also eine ausgewogene, an die Tätigkeit angepasste Ernährung in der Firmenkantine oder im Schulbuffet. ♦

KULTUR 1 Million Euro für Kinodigitalisierung

Das Kulturministerium stellt österreichweit insgesamt eine Million Euro als Ko-Finanzierung für die Digitalisierung der Programm- und Regionalkinos bereit.

Ziel der bundesweiten Förderung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur ist es, den Programmkinos und damit der unabhängigen, künstlerischen und gesellschaftskritischen Filmprogrammierung die Zukunft zu sichern. Ein zweites Ziel ist es, die anspruchsvolle Programmierung in den Regionen und damit außerhalb urbaner Zentren zu gewährleisten. Insgesamt sind maximal eine Million Euro für die Kinodigitalisierung vorgesehen: 500.000 Euro für die Programmkinos und 500.000 Euro für die Regionalkinos. Bei vollständiger Ausschöpfung des Fördervolumens können bis zu 125 Kinosäle digitalisiert werden. Programmkinos können ab sofort Forderungen stellen. ♦

Gallhofer



„Kinos haben einen hohen kulturellen Wert für die Gesellschaft“, betont Unterrichtsministerin Claudia Schmied. Details zu den Fördermaßnahmen unter: www.bmukk.gv.at

Lexikon

Wörterbuch des Wienerischen

Wissen Sie, was es bedeutet, wenn jemand auf Lepschi geht? Der Journalist Sedlacek gibt auch darauf eine Antwort.

Robert Sedlacek legt nach seinem erfolgreichen Wörterbuch der Alltagssprache Österreichs nun ein großes Wörterbuch des Wienerischen vor: Es enthält nicht nur alte Ausdrücke, die schon beinahe in Vergessenheit geraten sind, sondern auch viele neue, erstmals dokumentierte Wörter wie Karottenballett, sich aufpudeln wie ein Hustinettenbär, Armaturenschlecker, Schachtelwirt u.v.m. Mehr als 3.000 Wörter und Wendungen finden sich in diesem Lexikon, das Sedlacek mit Textbeispielen aus Wie-

nerliedern, Austropop-Schlagnern, beliebten Kabarettprogrammen und vielem mehr ausschmückt. Als Draufgabe gibt es Informationen über die Wortherkunft nach neuestem Stand der Wissenschaft. So können Leserinnen und Leser des ungewöhnlichen Wörterbuchs bei Fragen wie „Wissen Sie, was es bedeutet, wenn jemand in einem Tschecherl einen alten Haberer trifft“ brillieren. Ein unentbehrliches Nachschlagewerk, das Wissen vermittelt und zugleich köstlich amüsiert. ◆

Theorie

Die Verkehrung

Die Gesellschaft, in der wir heute leben, ist als modernes Patriarchat organisiert. Als Kritik daran hat Claudia von Werlhof die „Kritische Patriarchatstheorie“ entwickelt.

Eine weitgehende Verkehrung aller Verhältnisse bestimmt das Leben in Natur und Gesellschaft. Nicht das irdisch Lebendige, das Geborene und seine Entfaltung und Erhaltung stehen im Mittelpunkt der herrschenden Aufmerksamkeit, sondern deren Zerstörung, Transformation und Verkehrung in ein künstlich Gemachtes, ein Ersatz-„Leben“. Wissenschaft und Politik ignorieren bzw. tabuisieren Debatten über Mütter, Leib, Frauen und Natur. Claudia von

Werlhof setzt hier mit der „Kritischen Patriarchatstheorie“ an. Die Autorin ist Professorin für Frauenforschung an der Universität Innsbruck. Mit ihrem 1983 erstmals erschienenen Klassiker „Frauen, die letzte Kolonie“ hat sie nicht nur die Frauenbewegung, sondern auch den antiimperialen Diskurs wesentlich beeinflusst. Zuletzt ist von ihr im Promedia Verlag „Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung“ (2003) erschienen. ◆

Sachbuch

Die neue arabische Welt

Gemeinsam mit renommierten Experten blicken „Spiegel“-Autoren auf die bewegte Geschichte der arabischen Welt.

Die arabische Welt ist im Umbruch. Nach Jahrhunderten der Unterdrückung wagen die arabischen Völker die Selbstbefreiung, fordern Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Aber wie kam es, dass der Nahe Osten und Nordafrika so lange in Perspektivlosigkeit verharren? Dass trotz Rohstoffreichtums die Staaten dieser Region meist unproduktiv sind und die Bevölkerung unter Armut und mangelnder Bildung leidet? Woran liegt es, dass der Islam, der im Mittelalter mit Macht und Wis-

sen glänzte, auf dem Weg in die Moderne gegenüber dem aufstrebenden Europa immer mehr zurückfiel und schließlich den Anschluss verpasste? Diese und viele andere Fragen beantworten „Spiegel“-Autoren wie die Arabistin Angelika Neuwirth oder der Politologe Volker Perthes. Die Autoren beleuchten dabei Geschichte, Gegenwart und Perspektiven der arabischen Welt und geben so einen Überblick über eine Region, die immer stärker auf die Bühne der Weltpolitik drängt. ◆

☐ Stk.


Robert Sedlacek:
Wörterbuch des Wienerischen.
Haymon Verlag,
Innsbruck-Wien 2011
320 S., 12,95 €

☐ Stk.


Claudia von Werlhof:
Die Verkehrung.
Promedia Verlag, Wien 2011
240 S., 17,90 €

☐ Stk.


Grobongardt/Pötzl (Hg.):
Die neue arabische Welt.
Spiegel Buchverlag,
Hamburg 2011, 320 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534

27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Neu bestellen!

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

JUGEND

Kinder sind die Zukunft

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und das Österreichische Jugendrotkreuz luden ins Parlament, um das Wertvollste in unserem Land zu feiern: die Kinder.

Fotos: Ott



Mit Sketches, Musik und Selbstgebasteltem brachten die Kinder und Jugendlichen ihre Wünsche und Forderungen auf kreative Art und Weise vor.

Kinder sind die Zukunft“, so lautete der Titel der Veranstaltung im Hohen Haus, bei der die Erwachsenen von morgen, die Kinder, im Mittelpunkt standen. Im Rahmen der Veranstaltung präsentierten die Kids ihre Ideen und Wünsche für die Zukunft. „Ich bin beeindruckt von dieser Veranstaltung und danke der Präsidentin und dem Jugendrotkreuz für

ihre Initiative. Die Veranstaltung hat klar gezeigt, wie wichtig die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung war und dass es jetzt darum geht, die gesetzlichen Bestimmungen mit Leben zu erfüllen“, betonte SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger. Besonders beeindruckt zeigte sich die SPÖ-Abgeordnete von den Darbietungen der Schülerinnen und Schüler.

„Die Kinder haben klar ihre Wünsche formuliert. Nun ist es an uns, diese ernst zu nehmen und mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen, um die Ideen umzusetzen“, sagte Lueger, die es bedauerte, dass sich kein Vertreter von FPÖ und BZÖ die Zeit genommen hat, den Kindern Rede und Antwort zu stehen. Für Nationalratspräsidentin Barbara Prammer steht fest, dass die Partizipation von jungen Menschen am politischen Geschehen wichtig ist, daher lädt das Parlament oft Kinder und Jugendliche ein. Ein Beispiel hierfür ist die „Demokratiwerkstatt“, in der sich bisher bereits 40.000 Schülerinnen und Schüler mit Politik und Demokratie vertraut machen konnten. ♦

SPÖ



Für SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger steht fest: „Die Veranstaltung war ein klares Zeichen dafür, wie wichtig die Partizipation von und die Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen ist.“

BUNDES-ASYLAMT

Hausaufgaben machen!

SPÖ-Menschenrechtssprecher Franz Kirchgatterer erinnert die Innenministerin an die dringende Umsetzung des Bundesamts für Asyl und Migration.

Mit der Konzentration auf ein Amt könnten ‚Fehlleistungen‘ vermieden werden – jeder, der um Asyl oder Aufenthaltsrecht ansucht, soll nur noch einen Ansprechpartner haben“, sagt Kirchgatterer im parlamentarischen Menschenrechtsausschuss. Bisher waren 194 verschiedene Behörden zuständig. Kritisiert wird von Kirchgatterer auch die Ausbildungs- und Personalsituation der Polizei:

„Aus der täglichen Arbeit der Polizistinnen und Polizisten wissen wir, dass es oft an einfachstem technischem Equipment fehlt, das muss geändert werden.“ Eine Stellungnahme der Innenministerin forderten die SPÖ-Parlamentarier auch hinsichtlich der Zunahme von rechtsextremistischen Vorfällen in Österreich, wo die Innenministerin ein eher „geringes Gefährdungsniveau“ sieht. ♦



Ranz

Kirchgatterer fordert die Verbesserung der Ausbildungs- und Personalsituation der Polizei.



UMWELT

Wichtiger Schritt in Richtung Energiewende

Der parlamentarische Umweltausschuss hat das Klimaschutzgesetz beschlossen.



SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger: „Mit diesem Gesetz wurde nach dem Ökostromgesetz und dem Antiatomgipfel ein nächster wichtiger Schritt in Richtung Energiewende getätigt.“

Dieses Gesetz liefert den nötigen Rahmen, der es ermöglicht, den Klimaschutz im Zuge der Energiewende weiter voranzutreiben“, erklärt SPÖ-

Umweltsprecher Hannes Weninger. Weninger, der im Umweltausschuss bei Beschlussfassung seinen ersten Auftritt in seiner neuen Funktion als SPÖ-Umweltsprecher hatte, fügt hinzu, dass sich die SPÖ auch ein substanziell noch stärkeres Gesetz hätte vorstellen können. Im Gesetz ist verankert, dass die Treibhausmissionen in Österreich bis 2020 um 16 Prozent verringert werden sollen. Mit der Einrichtung von Klimaschutzkomitee und Klimaschutzbeirat wurde ein Mechanismus geschaffen, der das Erarbeiten wirksamer Klimaschutzmaßnahmen im Inland ermöglicht. „Jetzt sind die Expertinnen und Experten dieser beiden Gremien am Zug, die Schwerpunkte für Österreichs Klimapolitik zu erarbeiten“, so Weninger. ♦

Zur Person

Der 50-jährige Neunkirchner Hannes Weninger übernahm als Bereichssprecher die Umweltagenden des SPÖ-Klubs. Weningers politische Laufbahn begann als Landessekretär der Sozialistischen Jugend in Niederösterreich, ehe er 1985 Landesstellenleiter des Renner-Instituts Niederösterreich wurde.

Im November 1997 zog Weninger in den Niederösterreichischen Landtag ein, und 2003 bis 2008 war er Klubobmann der sozialdemokratischen Fraktion. Zudem ist er Bezirksvorsitzender der SPÖ Mödling.

Als Hobbys gibt Weninger Lesen, Fernreisen und Geschichte an. Weninger ist verheiratet und Vater einer Tochter und eines Sohnes.

SÜDTIROL

Treffen mit SVP-Arbeitnehmervertretung

SPÖ-Südtirolsprecher Hermann Krist organisierte ein zweitägiges Arbeitstreffen mit der Arbeitnehmervertretung der Südtiroler Volkspartei (SVP) in Bozen.



SPÖ

Die SPÖ-Parlamentarier mit dem Südtiroler Landesvorsitzenden der SVP-Arbeitnehmer, Christoph Gufler.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Organisation von gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. „Die Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitnehmerflügel der SVP und dem SPÖ-Parlamentsklub ist sehr kollegial und wertschätzend. Nach diesem Neustart haben wir einen intensiveren Informationsaustausch vereinbart“, so Krist. Von SPÖ-Seite waren als Mitglieder des Südtirol-Ausschusses Gisela Wurm und Elmar Mayer sowie Klubsekretär Kurt Schober beim Treffen dabei. Begleitet wurden die Parlamentarier von ihrem langjährigen Abgeordnetenkollegen Erwin Niederwieser. ♦

WIRTSCHAFT

Gut durch die Krise gekommen

Der Bundesrechnungsabschluss bescheinigt Österreich bestes Krisen-Management.

Österreich ist gut durch die Krise gekommen, die Maßnahmen der Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Werner Faymann haben gegriffen“, so kommentiert SPÖ-Finanz- und Budgetsprecher Jan Krainer den Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2010. Krainer nennt in diesem Zusammenhang die Steuerreform, die Bankenrettung und die Konjunkturpakete, die der richtige Weg in der Krise waren. „Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten haben wir nicht kaputt gespart, sondern investiert“, so Krainer. Das lässt sich an

Zimmer



den niedrigen Arbeitslosenzahlen, am hohen Wirtschaftswachstum und dem sinkenden Defizit dokumentieren. Erfreulich auch die Reduzierung des Defizits von prognostizierten 13 Milliarden Euro auf 7,8 Milliarden. FPÖ und BZÖ hatten bei der Beschlussfassung noch 20 Milliarden Euro prophezeit. ♦

Jan Krainer betont, dass die weitere Senkung des Defizits „klares Ziel“ sein müsse.

SOZIALISTISCHE JUGEND

9.000 Jugendliche besuchen großes restart.tc-Jubiläum



„Kabinenparty“-Rapper Skero war eines von vielen Highlights der After-Contest-Party im VAZ St. Pölten.



Restart.tc-Schirmherr LH-Stv. Sepp Leitner ist bei jedem Skate-Contest-Finale live dabei.



Zum mittlerweile zehnten Mal veranstaltete die Sozialistische Jugend (SJ) Niederösterreich das „restart.tc“ Skate-Contest-Finale – inklusive legendärer After-Contest-Party im VAZ St. Pölten.

Für das Jubiläum des Skate-Contests holten die Veranstalter die Crème de la Crème der österreichischen Skaterszene

nach St. Pölten. Mit Philipp Schuster gewann sogar ein ehemaliger Europameister das diesjährige Finale. Den Preis überreichte der Schirmherr von restart.tc, Landeshauptmann-Stv. Sepp Leitner. „Ich bin jedes Jahr aufs Neue beeindruckt, was die Skaterinnen und Skater auf ihren Boards zeigen. Restart.tc hat sich in den letzten 10 Jahren zu einem jugendkulturellen Höhepunkt in Niederösterreich entwickelt“,

schwärmt Leitner. Positive Bilanz zieht auch der Veranstalter, SJ-Landesvorsitzender Andreas Beer: „Mit dem zehnten Finale zeigen die hunderten ehrenamtlichen Aktivistinnen und Aktivisten, was mit ihrem Engagement möglich ist. Wir haben in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass wir die Jugendkultur in Niederösterreich zum Positiven verändern können.“

JUNGE GENERATION

Die Jungen vernetzen sich



Die Junge Generation der SPÖ Niederösterreich traf sich in Brunn am Gebirge zur Konferenz. Dabei wurde Katharina Kucharowitz als Landesvorsitzende mit 96,5 Prozent bestätigt.

Auch ihre Stellvertreterinnen und -vertreter wurden mit überwältigenden Mehrheiten gewählt. Kucharowitz betont: „Die Vernetzung der Jugend und jungen Familien innerhalb der SPÖ-Familie ist uns ein wichtiges Anliegen, denn aus diesem Kreis kommen auch die jungen Zukunftshoffnungen in den Gemeinderäten Niederösterreichs.“ Beim Red Open, einer Vernetzungsveranstaltung, die parallel zur Konferenz stattfand, wurden 150 junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier über die neuesten Jugendstudien informiert, weiters fanden Diskussionen mit u.a. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundes-JG-Vorsitzender Tina Tauß statt.



JG

LGF Günter Steindl, JG NÖ-Vorsitzende Katharina Kucharowitz und LH-Stv. Sepp Leitner tauschten sich beim Red Open der JG NÖ aus.

WIEN

Öffis werden billiger



Die Tarifreform der Wiener Linien ist paktiert: Für Vielfahrer wird Öffi-Fahren in Wien ab dem nächsten Jahr noch attraktiver.

Ab 1. Mai 2012 wird es die Jahreskarte für 365 Euro statt für 449 Euro geben. Die Tarifreform sichert außerdem die Vergünstigung der Tarife für die Seniorinnen und Senioren und bringt für Kinder und Jugendliche deutliche Verbesserungen. „Wien ist die einzige Millionenstadt der Welt, die die Verkehrstarife absenkt. Die Jahreskarte ist die mit Abstand billigste, die es in den Städten Westeuropas gibt. Das ist ein klarer Erfolg der rot-grünen Regierung“, sagt Bürgermeister Michael Häupl. Auch die Monatskarte wird deutlich billiger. Sie kostet dann 45 Euro statt 49,50. Leicht angehoben werden die Preise für Einzelfahrscheine. Der Anreiz, sich eine Monats- oder Jahreskarte zu kaufen, soll damit gestärkt werden.



Wiener Linien

Die hohe Qualität und Investitionskraft der Wiener Linien bleiben trotz Tarifreform bestehen.

PENSIONISTENVERBAND ÖSTERREICHS

Teuerung bekämpfen!



Steigende Preise für Mieten, Grundnahrungsmittel und Energie treffen Österreichs Pensionisten besonders hart. Mit einer neuen Kampagne kämpft der PVÖ gegen die Teuerung.

Die Preise des sogenannten „Miniwarenkorb“ (dabei handelt es sich um Dinge des täglichen Gebrauchs) sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 Prozent gestiegen und liegen damit deutlich über dem Verbraucherpreisindex. „Dabei handelt es sich um keinen einmaligen Ausrutscher. Die Preissteigerungen für Mieten, für Milch, Strom etc. liegen immer deutlich über dem Verbraucherpreisindex. Der Miniwarenkorb spiegelt daher die tatsächliche Belastung wider und diese enormen Mehrkosten treffen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hart“, betont Karl Blecha, Präsident des



PVÖ-Präsident Karl Blecha und der neue Konsumentenschutzsprecher des PVÖ, Harald Glatz, bei der Präsentation der Kampagne „Teuerung bekämpfen!“

Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ), der größten und stärksten Seniorenorganisation des Landes. Weiters ist es auffällig und nicht nachzuvollziehen, warum die Preise in Österreich deutlich stärker steigen als im Rest Europas: „Gleiche Markenartikel sind in Österreich teilweise doppelt so teuer wie in Deutschland oder Italien. Hier muss es ein permanentes

Preis- und Wettbewerbsmonitoring geben, um die Ursachen des ‚Österreich-faktors‘ bei den Preisen zu ermitteln“, sagt der neue Konsumentenschutzsprecher des PVÖ, Harald Glatz.

Preiskontrollen und Maßnahmen gegen Spekulation

„All dies und noch mehr hat uns dazu bewogen, dass der PVÖ jetzt die Kampagne ‚Teuerung bekämpfen!‘ im Sinne aller Betroffenen gestartet hat“, betont PVÖ-Präsident Blecha. Die konkreten Forderungen des PVÖ sind: Drastische und rasche Preiskontrollen, Kampf den hohen Energiepreisen, Maßnahmen gegen Spekulationen, ein Ende des Wildwuchses bei den Bankspeisen, besser lesbare Preisangaben und Produktinformationen in den Supermärkten sowie Maßnahmen gegen unseriöse Geschäfte wie Kaffeefahrten und Gewinnspielversprechen. ♦

KÄRNTEN

10. Oktober, ein Feiertag auch für die Ortstafellösung



Im Jahr 2011 steht der 10. Oktober nicht nur im Zeichen der Volksabstimmung – auch die Ortstafellösung wurde gefeiert. LH-Stv. Peter Kaiser ortet Aufbruchstimmung im Land.

„Vor einem Jahr, anlässlich der 90. Wiederkehr der Volksabstimmung, haben wir an die entscheidenden Leistungen der Arbeiterbewegung und der SPÖ beim Abwehrkampf erinnert. Dieses Jahr dient der 10. Oktober als Feiertag für eine geglückte Ortstafellösung, der uns den Blick in eine positive Zukunft freimacht“, erinnert SPÖ-Landesparteivorsitzender LH-Stv. Peter Kaiser anlässlich des Landesfeiertages an zwei historische Ereignisse, welche die Sozialdemokratie maßgebend mitgestaltet haben.

Kaiser spürt eine neue Qualität des Zusammenlebens der Volksgruppen und eine „neue Offenheit“ im Land. ♦

Staatssekretär Josef Ostermayer und LH-Stv. Peter Kaiser bei der Produktion einer Ortstafel.



TIROL

Familienfreundliches Radfeld



Mit der „Kraft des Gemeinsamen“ hat es Radfeld zur ersten Tiroler Gemeinde mit dem Vollzertifikat als „familienfreundliche Gemeinde“ geschafft.

Wickelgelegenheit im Dorfzentrum, Familienwanderungen auf kinderwagenfreundlichen Wanderwegen, die Förderung von Saisonkarten durch die Gemeinde, die ‚Familiendisco‘ u.v.m. haben Radfeld zur ersten vollzertifizierten „familienfreundlichen Gemeinde“ in Tirol gemacht. Der Radfelder Bürgermeister und SPÖ-Nationalratsabgeordnete Josef Auer betont, dass diese Aktivitäten zum Verständnis der Generationen untereinander beitragen. „Die Auszeichnung ist eine große Anerkennung für uns alle. Viel mehr noch ist es eine Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, erklärt Josef Auer, der ein lebenswertes Umfeld für die unterschiedlichsten Familienformen bieten will. Sein nächstes Projekt: „Radfeld zur gesündesten Gemeinde Tirols zu machen.“



v.l.n.r.: Irene Slama (GF Familie & Beruf Management GmbH), Ingrid Nemec (BMW FJ), Bgm. NR-Abg. Josef Auer, Maria Drexler (Kreidl), GV Fritz Fischler (Gem. Radfeld), Gemeindebund-Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer



picturedesk

GASTKOMMENTAR

Steuerliche Ausnahmen

Immer mehr Länder haben sie schon oder diskutieren ihre Einführung: die „Reichensteuer“. Dazu ein Gastkommentar von Margit Schratzenstaller, der am 1.10. in der Tageszeitung „Der Standard“ veröffentlicht wurde.

„Reichensteuern‘ sollten die Senkung der hohen arbeitsbezogenen Abgaben vor allem für die unteren und mittleren Einkommen gegenfinanzieren – was auch für Wachstum und Beschäftigung gut wäre.“

Auch in der österreichischen Debatte taucht die „Reichensteuer“ immer wieder auf – wobei unterschiedliche Ansatzpunkte denkbar und im internationalen Umfeld auch anzutreffen sind.

Am gängigsten ist eine höhere Besteuerung der oberen Einkommen. Irland, Griechenland und Portugal haben den Spitzensatz in der Einkommenssteuer um einige Prozentpunkte erhöht. Daneben gewinnen Zuschläge auf die Top-Einkommen an Bedeutung. Vorreiter ist Deutschland, das schon 2007 einen Zuschlag von drei Prozentpunkten auf Einkommen über 250.000 Euro einführte; die 40.000 obersten Einkommensbezieher zahlen nun einen Spitzensteuersatz von 47,5 Prozent. Großbritannien belegt Einkommen über 150.000 Euro seit 2010 mit fünfzig Prozent, das entspricht einem Zuschlag von zehn Prozentpunkten. Drei zusätzliche Prozentpunkte planen Italien, wo Einkommen ab 300.000 Euro künftig mit gut

47 Prozent besteuert werden, und Frankreich, das Einkommen ab 500.000 Euro mit knapp 50 Prozent besteuern will.

Auch US-Präsident Barack Obama hat eine höhere Besteuerung von Einkommensmillionären angekündigt. Die Alternative – eine stärkere Nutzung vermögensbezogener Steuern – ist weniger verbreitet: Spanien führt zeitlich befristet die 2007 abgeschaffte Vermögenssteuer wieder ein, und Griechenland besteuert ebenfalls vorübergehend Immobilien mit einer neuen Grundsteuer.

Sollte auch Österreich eine „Reichensteuer“ einführen? Auch hierzulande, wo das gesamte Abgabensystem kaum progressiv wirkt, ist eine stärkere Besteuerung von Vermögenden durchaus diskutabel, wenn auch nicht zusätzlich. Vielmehr sollten „Reichensteuern“ die Senkung der hohen arbeitsbezogenen Abgaben vor allem für die unteren und mittleren Einkommen gegenfinanzieren – was auch für Wachstum und Beschäftigung gut wäre.

Der Spitzensteuersatz ist in Österreich nominell mit fünfzig Prozent bereits jetzt genauso hoch oder sogar höher als die anderenorts neu eingeführten „Reichensteuern“. Wegen der begünstigten Besteuerung des 13./14. Monatsgehalts beträgt er tatsächlich aber nur 44 Prozent. Zielführender als die Anwendung eines noch höheren Spitzensteuersatzes auf eine weiterhin löch-

rige Steuerbasis wäre es daher, steuerliche Ausnahmen vor allem für die oberen Einkommen einzuschränken. Dann könnte der bestehende Spitzensteuersatz auch tatsächlich greifen. Außerdem besteht, wie auch der Economist in seiner aktuellen Titelgeschichte zum Thema „Besteuerung der Reichen“ schreibt, in vielen Ländern und damit auch in Österreich Spielraum bei den Steuern auf Kapitalerträge.

Diese sind allenthalben wesentlich niedriger als jene auf Arbeitseinkommen. Vor allem aber haben im österreichischen Abgabensystem bestimmte vermögensbezogene Steuern Platz, die andere Länder viel stärker ausschöpfen: neben einer Grundsteuer auf der Basis von aktualisierten Einheitswerten auch eine reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer. Diese Steuern können mithilfe angemessener Freibeträge beziehungsweise steuerlicher Ermäßigungen als „Reichensteuern“ ausgestaltet werden: Sie trafen dann nicht den Mittelstand, sondern die höheren Vermögen. Insgesamt wäre aber vor allem eine Steuerreformkommission notwendig, um die diversen Reformen in eine umfassende Gesamtstrukturreform zu integrieren. ♦

Margit Schratzenstaller ist Referentin für öffentliche Finanzen beim Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo).

Mit dem aktuellen Kommentar von Margit Schratzenstaller setzen wir in der Rubrik Quergeschrieben bzw. im „Österreich 2020“-Meinungsforum eine Reihe von Beiträgen zu den aktuellen Diskussionen um Vermögensbesteuerungen fort.

In den kommenden Wochen werden von

Expertinnen und Experten verschiedene Aspekte der Diskussionen um zukünftige Entwicklungen der Lebensräume beleuchtet. Aufgrund der starken Verbundenheit, die ein Großteil der Österreicher mit seinem Wohnort verspürt sind die Gemeinden und Städte die Orte, an denen Demokratie

und Politik am unmittelbarsten erfahrbar werden. Sie stehen daher im Fokus kommandierender Beiträge.

Ebenfalls geplant sind Beiträge zur aktuellen Wahlrechts-Diskussion, insbesondere zum minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrecht. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 17. 10.

„Österreich morgen. Welche Gesellschaft wollen wir? Die Folgen des Klimawandels“

Die Diskussion über den Klimawandel und seine Folgen ist aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Begriffe wie globale Erwärmung, Wetterkatastrophen, Ozonloch, CO₂-Emissionen, Gletscherschmelze oder Ölpest finden sich fast täglich in den Schlagzeilen der Medien. Politiker aller fünf Parlamentsfraktionen gehen deshalb im Rahmen einer Publikumsdiskussion den wichtigsten Fragen zum Klimawandel nach. Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf Österreich? Mit welchen Initiativen und Technologien kann man dem entgegenwirken? Wo ist die Politik gefragt und wo die Gesellschaft? Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, die Verschiedenheit von Zukunftsentwürfen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhang sowie de-

ren Einfluss auf politische Entscheidungen zu beleuchten. Anmeldung unter: veranstaltung02@parlament.gv.at

Beginn: 18.00 Uhr

Parlament, Lokal VI

Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien

„Frauen in der Westsahara - Gender und nationale Identität im Exil“

20 Jahre nach Ausrufung des Waffenstillstands mit Marokko gilt die Westsahara heute noch immer als „letzte Kolonie Afrikas“. Große Teile der Bevölkerung leben in Flüchtlingslagern in Algerien. Während der kriegsbedingten Abwesenheit der Männer haben Frauen beim Aufbau der neuen Gesellschaft im Exil eine tragende Rolle eingenommen. Die Politikwissenschaftlerin Maria Mayrhofer untersucht in ihrem Vortrag die Auswirkungen von nationaler Identität und Konflikt auf die Situation der Frauen in den Flüchtlingslagern der Westsahara. Die Veranstaltungsreihe „femmes globales“, in deren Rahmen dieser Vortrag stattfindet, setzt sich zum Ziel, verschiedene frauenspezifische Themen mit internationalen Expertinnen zu diskutieren.

Beginn: 18.30 Uhr

ega: frauen im zentrum

Windmühlgasse 26, 1060 Wien

Donnerstag, 20. 10. und Freitag, 21. 10.

„Atem - Stimme - Sprache. Ein Weg zur persönlichen Präsenz in Vortrag und Kommunikation“

Politische Inhalte und Botschaften bleiben ungehört, wenn sie nicht vermittelt werden können. Zu einem großen Teil hängt persönliche Überzeugungskraft von Glaubwürdig-

keit und Authentizität ab. Die besten Voraussetzungen dafür sind, neben authentischer Motivation und Kommunikationsfreude, eine präzise Stimme und eine ausdrucksstarke, bildhafte Sprache. Anhand von gezielten Stimm- und Sprachübungen werden Stimmkraft, Sprachbilder, lebendiger Ausdruck und die Fähigkeit der Modulation weiterentwickelt. Diese Schwerpunkte werden im Seminar durch bildhaft-anschauliche Vortragsgestaltung und zahlreiche praktische Übungen auch individuell bearbeitet. Das Seminar wendet sich hauptsächlich an haupt- und ehrenamtliche politische Führungskräfte der Bundes-, Landes- und Bezirksebene sowie Mandatarinnen und Mandatare. Anmeldung unter: eichinger@renner-institut.at

Beginn: 10.00 Uhr

Gartenhotel Altmannsdorf,

Renner-Institut,

Hoffingergasse 26, 1120 Wien

Freitag, 21. 10.



„Jugend: die Zukunft unserer Pensionen“

Investitionen in die Jugend sind Investitionen in die Zukunft – und in die Sicherung unserer Pensionen. Dazu diskutieren Sozialminister Rudolf Hundstorfer, die Sozialstadträtin der Stadt Graz, Martina Schröck, der Vorsitzende der SJ Steiermark, Landtagsabgeordneter Max Lercher, der Vorsitzende der JG Steiermark, Christian Grangl und der Finanzreferent des PVÖ, Werner Reimelt. Anmeldung erbeten unter Jutta.Wolf@spoe.at oder Tel. 0316/702 625 (Renner-Institut Graz)

Beginn: 18.30 Uhr

Franziskussaal

Minoriten – Mariahilferplatz 3, 8020 Graz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: Bilderbox

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: a-Print, Klagenfurt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

Besetzt die Wall Street!

Seit 17. September 2011 hält die Occupy-Wall-Street-Bewegung den Zuccotti-Park im New Yorker Finanzdistrikt besetzt und hat ihn in „Liberty Plaza“ umbenannt. Die neue Protestbewegung hat sich inzwischen auf andere US-Städte ausgeweitet und richtet sich vor allem gegen den Einfluss und die schädliche Gier und Korruption der Spekulanten an der Börse. Auf www.occupywallst.org stellt sich die Bewegung mit Text, Fotos und

Videos in ihrer Vielfalt dar und präsentiert die Arbeits- und Themengruppen. Das „Global Revolution TV“ berichtet rund um die Uhr live vom besetzten Platz. Und weil sich die Bewegung selbst als „offen, partizipativ und horizontal organisiert“ versteht, gibt es auf der Webseite selbstverständlich eine Erklärung der Handzeichen-Symbole für die basisdemokratische Mitbestimmung in offenen Versammlungen. ♦





Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Werner Faymann hat vor kurzem die Präsidentin der Republik Indien, Pratibha Devisingh Patil empfangen. Im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs stand die Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Forschung.

Museum in Thal

In Thal bei Graz wurde das „Arnold Schwarzenegger Museum“ eröffnet. Mit dabei war auch Bundeskanzler Werner Faymann, der sich gemeinsam mit „Arnie“ das Museum in Schwarzeneggers Heimatort ansah, in dem rund 1.000 Exponate ausgestellt werden.



Straßenaktion in Wien

Mehr Lohngerechtigkeit für Frauen hat Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei einer großen Straßenaktion der Wiener SPÖ Frauen gefordert. Mit dabei waren u.a. SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz sowie die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger und die Frauensekretärin der Wiener SPÖ, LABg. Nicole Berger-Krotsch.

„World Skills“ in London

Erfolg für Österreich bei den heurigen „World Skills“ in London, den Berufsweltmeisterschaften der berufsbildenden Schulen. Bildungsministerin Claudia Schmied gratulierte den österreichischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern (im Bild mit WKO-Vizepräsidentin Renate Römer), die insgesamt sechs Medaillen gewannen.

